Bezugspreis:
Vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 66.—. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr ℳ 66.— mit Postbestellgeld.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum i. Bezirk 2.50 ℳ außerhalb desselben 3.— ℳ einschließl. Inseratensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 100 ₰. Reklame-Zeile 8 ℳ.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 165 | Neuenbürg, Dienstag, den 18. Juli 1922. | 80. Jahrgang.

Blatt um Blatt.

„Fallen seh' ich Blatt um Blatt". Es ist eine düstere Herbstesszeit heraufgekommen, nicht für die Natur draußen, die in Frühlings- und Sommerpracht noch im Hochglanz des Lebens steht, sondern im anderen Blätterwald ist die graue Herbstesszeit als Folge unserer trüben wirtschaftlichen Lage eingekehrt. Zahlreiche Blätter — sie zählen nach vielen Hunderten — sind dem rauhen Sturm schon zum Opfer gefallen, Zeitungen, die in langen Jahrzehnten sich als bedeutsame Faktoren des öffentlichen Lebens bewährt haben, die als Mitträger einer starken Wirtschaft sich große Verdienste erworben haben, sie sanken dahin. Nun ist es auch an uns. Vor Jahresfrist kam es uns noch nicht in den Sinn, mit Kellerscher Resignation zu beten: „Nun legst du alte wetterharte Föhre den letzten Jahresring dir an", wir gingen in den 46. Jahrgang mit dem frohen Mut des Stürmers, der einer wichtigen Etappe so nahe gekommen ist. Wir sahen unser 50. Lebensjahr als greifbar dicht zu tüchtigem Aufschwung. Die Zeit war stärker, wurde härter als unser Lebensmut, als unsere Lebensfähigkeit.

Die Not der deutschen Presse ist seit Jahren groß. Sie bedurfte einer großen umfassenden Hilfsaktion. Jeder versicherte, daß er zur Hilfe bereit sei, aber keiner wollte selbst helfen, sondern nur Vorschläge für die Hilfe der anderen geben. Reichsregierung, Reichstag, Reichswirtschaftsrat, der Reichsrat als Vertretung der Länder streiten sich um die Mittel, jeder empfiehlt ein besonders gutes Mittel, das der andere bergeben oder bezahlen soll. Sie streiten sich am Sterbelager der deutschen Presse, indessen **Blatt um Blatt** in den Tod sinkt. Auch wir sind am Ende."

Mit diesen bitteren, aber wie sehr berechtigten Worten teilt die Potsdamer Zeitung und Zeitung für Nowawes ihrer Leserschaft mit, daß sie sich mit dem 30. Juni gezwungen sieht, ihr Erscheinen einzustellen. Das Blatt schließt seine Mitteilung dennoch mit der Hoffnung:

„Der Verlag hofft, die Potsdamer Zeitung und die Zeitung für Nowawes recht bald wieder zum Leben erwecken zu können; Voraussetzung dafür ist aber, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Lebensfähigkeit der Blätter gesunde Bedingungen stellen. Jetzt ist das nicht der Fall. Das Leben hat uns überwunden."

Die ganze Tragik der deutschen Presse, wie sie sich in ihrem jetzt von Monat zu Monat rapid steigenden und scheinbar unaufhaltsamen Fortschreiten jedem Aufmerksamen offenkundig gezeigt hat, ist in diesen Abschiedsworten der Potsdamer Zeitung ausgesprochen. Jedes Wort mehr ist zuviel.

„Blatt um Blatt." Wie lange noch — —? und die blinde Axt der Zeit wird aus dem hohen Gut der deutschen Presse den letzten Bestand gefällt und damit zugleich das deutsche Volk ins Mark getroffen haben. Seine Führer waren nicht zur Stelle.

Deutschland.

Stuttgart, 17. Juli. In einer Entschließung, die vom 4. Reichsverbandstag des Reichsverbandes der Polizeibeamten Deutschlands am 15. Juli in Stuttgart gefaßt wurde, heißt es: „Ueber den Rahmen der bereits von uns geforderten gesetzlichen Maßnahmen zum Schutze der Republik hinaus wird die sofortige, gründliche Demokratisierung der Verwaltung, insbesondere bei allen Zentral- und nachgeordneten Dienststellen der Polizei, verlangt. Dazu gehört in erster Linie die Entfernung aller republikanisch nicht zuverlässigen Beamten."

Berlin, 17. Juli. Die Berliner Unternehmerverbände haben einstimmig die Forderung der Betriebsräte, die Zeit für die beiden letzten Demonstrationstage vom Lohne nicht abzuziehen, zurückgewiesen. Der Lohnverlust für die Großberliner Arbeiterschaft beträgt insgesamt rund 22 Millionen Mark. — Die durch lumpigen Verrat vor einigen Monaten in München beschlagnahmten 9000 Jagdgewehre — ungearbeitete Militärgewehre — müssen jetzt auf Befehl einer Feindbundkommission vernichtet werden. — In Sachsen darf künftig allsonntäglich öffentliche Tanzmusik stattfinden, und zwar von nachmittags 3 Uhr ab. Nur Karfreitag, Buß- und Totensonntag sind ausgenommen. Eine Altersgrenze nach unten wird für die Jugend nicht mehr gezogen.

Kiel, 17. Juli. Unter dem Verdacht des Landesverrats im Zusammenhang mit den Waffenfunden im Marinearsenal ist auf Anordnung des Oberreichsanwalts in Leipzig der Kieler Arbeiter Heinrich Bock verhaftet worden. Die Festnahme erfolgte, weil Bock der Kontrollkommission der Verbandsmächte noch andere wichtige Mitteilungen gemacht haben soll.

Die deutsche Volkspartei in Württemberg zur politischen Lage.

Stuttgart, 17. Juli. Der Landesausschuß der Deutschen Volkspartei in Württemberg war zu einer Tagung zusammengetreten, um zu den letzten politischen Vorgängen Stellung zu nehmen. Ueber die politische Lage berichtete der Landesvorsitzende Abg. Bickes. Als das Ergebnis der mehrstündigen Aussprache kann die Annahme folgender Entschließung betrachtet werden. „Der Landesausschuß der Deutschen Volkspartei in Württemberg stellt sich auf den Boden der Entschließung des Reichsausschusses vom 9. Juli und spricht der Reichs- und Landtagsfraktion Dank und volles Vertrauen aus. Der Landesausschuß der Deutschen Volkspartei legt daher entschiedene Verwahrung ein gegen alle Maßnahmen, die geeignet sind, berechtigte Beunruhigung unter die Beamtenschaft zu tragen, ihre Rechte zu beschränken und die verfassungsmäßige staatsbürgerliche Freiheit der Beamten anzutasten."

Gegen die Gewaltakte am 4. Juli.

Eine in Lörrach abgehaltene Versammlung wirtschaftlicher und politischer Organisationen des Bürgertums faßte unter Bezugnahme auf die am 4. Juli anläßlich der Kundgebung vorgekommenen Gewaltakte folgende Entschließung, die dem badischen Innenminister übermittelt wurde:

„Die in Lörrach versammelten Vertreter aller auf dem Boden staatlicher Ordnung stehenden Parteien und Stände von Stadt und Land des Amtsbezirks Lörrach haben einmütig ihrer Entrüstung Ausdruck verliehen, daß die freien Gewerkschaften, die Mehrheitssozialisten und Kommunisten, sich anläßlich der Kundgebungen vom 4. Juli angemaßt haben, in das staatliche und private Wirtschaftsleben einzugreifen und in Stellen, wo diesem einseitigen willkürlichen Parteiwillen nicht entsprochen wurde, unter Verletzung von Recht und Sitte die ordnungsliebende Bevölkerung zu vergewaltigen. Die Versammelten erklären hiermit in aller Form, daß der hinter ihnen stehende, weitaus größte Teil der Bevölkerung nicht mehr willens ist, sich derartige Vergewaltigungen gefallen zu lassen. Sie erwarten bestimmt, daß die staatliche Verwaltungsbehörde als Träger der Staatsgewalt in erster Linie dafür Sorge trägt, daß sich in Zukunft Vorkommnisse wie die vom 4. Juli nicht wiederholen."

Unterzeichnet ist die Entschließung vom Verband Südwestdeutscher Industrieller, Bezirksgruppe Lörrach, vom Verband Wiesentäler Handwerker- und Gewerbevereine, von der Kleinhandelsorganisation des Amtsbezirks Lörrach, vom Landbund, Bezirksgruppe Lörrach, vom Gesamtverband Christlicher Gewerkschaften, vom Gesamtverband Deutschnationaler Gewerkschaften, vom Gesamtverband Deutscher Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften, vereinigt im Deutschen Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Lörrach, von der Deutsch-Demokratischen Partei Lörrach, von der Deutschnationalen Volkspartei Lörrach, von der Deutschen (liberalen) Volkspartei Lörrach und von der Zentrumspartei Lörrach.

Der Bayerische Bauernbund gegen das Schutzgesetz.

München, 17. Juli. Von Wichtigkeit für die bayerische Regierungskoalition ist es, wie sich in den nächsten Tagen der Bayerische Bauernbund zu der Frage der Reichsschutzgesetze stellen wird. Unser Münchener Vertreter hatte Gelegenheit genommen, mit einer führenden Persönlichkeit des Bayerischen Bauernbundes über diese Frage zu sprechen. Die Persönlichkeit erklärte, daß der bayerische Bauernbund erst die letzten Beschlüsse von Berlin abwarten müsse, nach deren Eintreffen dann der Bund seine Haltung einrichten werde. Bis zur Stunde hat der Bayerische Bauernbund die Vorstandschaft noch nicht einberufen, aber es wird, sobald die Nachrichten aus Berlin vorliegen, diese Einberufung unter allen Umständen telegraphisch erfolgen. „Schon heute", so fuhr der Gewährsmann fort, „darf aber gesagt werden, daß der Bayerische Bauernbund die Hoheitsrechte der Länder nicht mit Füßen treten lassen werde. — Der Bayerische Bauernbund hat in seinem Programm die Wahrung der Hoheitsrechte und nach diesem Programm werden wir auch vorgehen, vorausgesetzt, daß in Berlin die bayerischen Wünsche in ihren Hauptforderungen abgelehnt werden sollten."

Koalitionserweiterung nach links Hauptziel der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.

Berlin, 15. Juli. Der Reichspräsident hat im Laufe des Tages die Führer der Mehrheitssozialisten, des Zentrums, der Demokraten und der Unabhängigen empfangen. Abends fand eine gemeinsame Besprechung der Führer der Koalitionsparteien mit dem Reichskanzler statt. Ueber die Bildung der Arbeitsgemeinschaft der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß die Arbeitsgemeinschaft zunächst nicht einen vollkommenen Zusammenschluß der beiden Fraktionen anstrebt, sondern nur eine Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen im Einzelfalle, eine Vereinbarung über bestimmte Programmpunkte wäre noch nicht erfolgt. Beide Fraktionen werden in den Debatten des Reichstags durch ihre eigenen Redner vertreten. Als Hauptziel der Arbeitsgemeinschaft wird die Aufnahme von Vertretern der Unabhängigen in das Kabinett bezeichnet. Zentrum und Demokraten halten demgegenüber an der Auffassung fest, daß eine Aufnahme der Unabhängigen in das Kabinett für sie nur möglich wäre, wenn zugleich die Deutsche Volkspartei in die Regierung eintrete.

Zur Schaffung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft.

Heute wird über die Arbeitsgemeinschaft auch in den Fraktionssitzungen von Zentrum, Demokratie und Deutsche Volkspartei beraten werden. Daß das Ergebnis positiv sein wird, ist nach dem bisherigen Gang der Dinge mit Sicherheit anzunehmen. Schon heute früh erörtert in der „Berliner Montags-Post" der Abgeordnete Petersen das Problem. Er wendet sich ebenfalls gegen das törichte Gerede von einem arbeiterfeindlichen bürgerlichen Block, das heute wieder mit großem Lärm von Herrn von Gerlach in seiner „Welt am Montag" aufgenommen wird. Er stellt dann als das Ziel hin, daß beide Arbeitsgemeinschaften der Mitte, also die bürgerliche wie die sozialistische, bereit sein sollen, miteinander die Koalition der Mitte zur Fortführung der bisherigen Politik zu bilden, und zwar unter unzweideutiger Trennung von den radikalen Oppositionsparteien rechts und links im Reiche und in den Ländern, im Parlament, in der Presse und in den Organisationen.

Ausland.

Haag, 17. Juli. Die Fortführung oder der Abbruch der Haager Konferenz wird von den Erklärungen abhängig gemacht, die Rußland abgeben wird.

Paris, 17. Juli. An Stelle des verstorbenen Senators Faisans ist Louis Barthou in den französischen Senat gewählt worden.

Stürmische Aussprache im polnischen parlamentarischen Hauptausschuß.

Prag, 15. Juli. Wie „Lidovie Noviny" aus Warschau melden, fand in der Sitzung des parlamentarischen Hauptausschusses, in der Korfanty zum Ministerpräsidenten bestimmt wurde, eine stürmische Aussprache statt. Der Führer der polnischen sozialdemokratischen Partei, Barlecki, habe erklärt, seine Partei betrachte die Kandidatur Korfantys als eine maßlose freche Herausforderung durch die Reaktion. Auch der Sprecher der Volkspartei, Piatij, verurteilte die Kandidatur mit den schärfsten Worten. Der Abgeordnete Daszynski trat besonders leidenschaftlich gegen Korfanty auf und beschuldigte ihn, daß er aus dem Erzbergerschen Propagandafonds Gelder angenommen habe. Daszynski sagte, es wäre ein Unglück für Polen, wenn die Regierung einem Korfanty anvertraut würde. Der Abgeordnete Stapinski warnte den Landtag davor, durch die Uebergabe der Macht an einen so schwer bloßgestellten Mann Polen ins Verderben zu stürzen. Wie das Blatt weiter meldet, wird in politischen Kreisen von Warschau darauf hingewiesen, daß der Rücktritt Pilsudskis, der sich in der Armee ungewöhnlicher Beliebtheit erfreue, in ihr eine Revolte hervorrufen könnte.

Deutschland und der Völkerbund.

London, 17. Juli. Auf der Tagesordnung der unter dem Vorsitz des spanischen Botschafters in Paris Quinones de Leo beginnenden Sitzung des Völkerbundsrats steht die Beratung über die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund gelegentlich der nächsten Septembertagung in Genf. Downingstreet hat nach einer Meldung der „Chicago Tribune" durch den englischen Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon zu verstehen gegeben, Kanzler Dr. Wirth solle sofort um Aufnahme in den Völkerbund ersuchen; man habe ihm die englische Unterstützung versprochen, wodurch die Aufnahme garantiert werde.

Lloyd George und Poincare.

In Londoner politischen Kreisen glaubt man, daß die Verhandlungen zwischen Lloyd George und Poincare einen unerwarteten Umschwung bringen werden. Entweder würden sie zu einem definitiven Akkord zwischen England und Frankreich führen oder sie werden im Gegenteil beweisen, daß die Kluft zwischen den beiden Nationen zu tief ist und daß die „entente cordiale" zu Ende ist. Man glaubt, daß Lloyd George die Absicht habe, Poincare seine Pläne zum europäischen Wiederaufbau vorzulegen, wie er sie ihm vorgelegt haben würde, wenn er nach Genua gekommen wäre.

Unabhängigkeits-Verlangen der Riff-Marokkaner.

Eine Abordnung der marokkanischen Riff-Stämme ist in England eingetroffen. Sie überbringt Briefe des Führers der Riff-Stämme an die Regierungen Englands, Frankreichs und Amerikas, an den Papst und die Islamitische Liga. In diesen Briefen verlangt Abd el Krim die Anerkennung der Unabhängigkeit des Riffs in der Gestalt einer Stammesrepublik. Die Abordnung teilte ferner mit, daß bereits ein Parlament gewählter Mitglieder aus allen Stämmen in Ajdir im Bezirk Alhucemas tage. Abd el Krim und die übrigen Führer der Riff-Stämme sind bereit, mit den Spaniern nur auf folgender Grundlage Frieden zu schließen: Räumung des Riffs durch die Spanier, nur die Stützpunkte Melilla, Alhucemas und Penon sollen in spanischem Besitz bleiben; beiderseitiger Gefangenenaustausch; Zahlung eines Lösegeldes von vier Millionen Pesetas für die gefangenen spanischen Offiziere und Soldaten in der Hand der Riff-Marokkaner. Im Fall der Anerkennung ihrer Unabhängigkeit sind die Riffis bereit, ihr Land dem Handel und der Industrie aller Nationen zu öffnen, Gleichheit der Behandlung für alle Nationen und Glaubensbekenntnisse zuzusichern und bestehende Handelsverträge aufrecht zu erhalten. Irgendeine Form der spanischen Schutzherrschaft werden sie nicht mehr anerkennen.

Morgan zu neuen Anleiheverhandlungen bereit.

Rotterdam, 17. Juli. Die „Morningpost" meldet aus Paris: Morgan habe sich in einem Telegramm an die Reparationskommission zur Wiederaufnahme der Bankierbesprechungen über die deutsche Anleihe bereit erklärt. Morgan halte aber an der Vorbedingung fest, daß der Verzicht der Reparationskommission auf Zwangsmaßnahmen und Sanktionen vorher auszusprechen sei.

Todesurteile in Sowjetrußland gegen kirchliche Würdenträger.

Nach Meldungen aus Riga ist in Rußland infolge der Todesurteile, die über den Erzbischof Benjamin und andere kirchliche Würdenträger von dem Petersburger Revolutionstribunal wegen Widerstandes gegen die Auslieferung von Kirchenschätzen gefällt worden sind, große Erregung entstanden. Am 8. Juli ruhte in sämtlichen Fabriken und Werkstätten in Petersburg, Kronstadt und anderen Städten des nördlichen Rußlands die Arbeit vollständig. Es fanden Versammlungen statt, in denen die Begnadigung der verurteilten Geistlichen verlangt wurde. Sogar die Matrosen der baltischen Flotte nahmen die Todesurteile mit lebhaftem Mißvergnügen auf. Die Sowjetregierung in Moskau hat infolge der allgemeinen Erregung mitgeteilt, daß die Vollstreckung der Urteile verschoben worden sei. Man vermutet, daß sie Zeit gewinnen will, um die Volkserregung sich beruhigen zu lassen, und daß sie dann die Hinrichtung in aller Stille vornimmt.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 17. Juli. Die Mitglieder des Vorstandes des Schwarzwald-Vereins besichtigten am 13. Juli den neu aufgebauten Bozenhardt'schen Pionierweg in Anwesenheit des Erbauers, Kommerzienrat Schmidt, und hielten anschließend daran ihre Sitzung ab, in der die Tilgung der Baukostensumme zum Mittelpunkt erhoben wurde. Ein vielfaches der im März d. Js. veranschlagten Summe betrug die Endabrechnung. Die Herr Kommerzienrat Schmidt bekannt gab und als eine der hochherzigen Stiftungen, die bisher dem Verein und gleichzeitig der ganzen Oeffentlichkeit zu gute kamen, auf seine eigenen Schultern nahm. Aus Dankbarkeit ernannten nun die Mitglieder des Vorstands Herrn Kommerzienrat Schmidt zum Ehrenmitglied des Vereins und beschlossen, die Ehrenurkunde mit einem Vereinsehrenzeichen in Edelmetall durch eine Kommission überreichen zu lassen, was letzten Sonntag feierlich erfolgte. Eine vom Vorsitzenden angeregte Namensänderung des „Bozenhardtschen Pionierweg" in „Schmidtschen Pionierweg" wurde von Herrn Kommerzienrat Schmidt abgelehnt. Der Weg erhält noch weitere Sitzbänke und eine durch das Mitglied Immanuel Müller künstlerisch auszuführende Metallplakette. Als Geschäftliches ist noch zu erwähnen, daß der Jahresbeitrag zum Hauptverein von 1923 ab 25 Mk. betragen soll, dem der Bezirkszuschlag von 5 Mark noch zugerechnet wird. Der Vorstand berichtet weiter von der Hauptversammlung in Tuttlingen, insbesondere über die Erbauung des Kriegergedächtnishauses auf dem Schliffkopf. Für die Beherbergung in der hiesigen Jugendherberge werden künftig 5 Mk. erhoben. Die Angliederung des hiesigen Schneeschuh-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

vereins an den Stuttgarter zur leichteren Gewinnung von Lehrkräften wird gutgeheißen. Der Abend schloß in erfreulicher Gemütlichkeit voll unter dem Eindruck unseres neuen „Pionierwegs.

Württemberg.

Calw, 17. Juli. (Einbruchsdiebstahl.) In der Nacht auf Samstag wurde bei Schneidermeister Munz in der Bischoffstraße eingebrochen und Stoff für 7 Anzüge, eine Uhr und 1000 Mark Bargeld entwendet. Die Täter sind noch unbekannt.

Rottweil, 17. Juli. (Selbstmord.) Im Untersuchungsgefängnis hat sich der wegen Sittlichkeitsvergehens eingelieferte Gottlieb Birk von Sulz durch Erhängen dem irdischen Richter entzogen.

Stuttgart, 17. Juli. (Die teure Straßenbahn.) Der erhöhte Straßenbahntarif, den der Gemeinderat kürzlich beschloß, wobei er den Zeitpunkt der Einführung der Straßenbahnverwaltung überlassen hat, ist zur Ueberraschung der Fahrgäste in aller Stille am Samstag in Kraft getreten.

Stuttgart, 17. Juli. (Gegen Wucher und Teuerung.) Der Bund gegen Wucher und Teuerung will alle gleichgesinnten Kreise im ganzen Land zur gemeinsamen Abwehr der Teuerung zusammenfassen. Er hat daher eine Landesversammlung auf Sonntag, 23. Juli, zu der alle Interessenten, Vereine usw. eingeladen werden, einberufen. Bei dieser Versammlung soll hauptsächlich über das volkswirtschaftliche Chaos unserer Zeit und seine Bekämpfung, über evtl. Regelung der Preisbildung und Bekämpfung des Wuchers beraten werden.

Stuttgart, 17. Juli. (Der Handel mit Kartoffeln.) Nach einer Verordnung des Reichsernährungsministeriums und einer Verfügung des württ. Ernährungsministeriums wird zur Verhütung der preistreibenden Wirkung, die in einer Ueberzahl von Händlern und Aufkäufern auf dem Kartoffelmarkt zu erblicken ist, der Handel mit Kartoffeln vom 1. August ab nur noch solchen Personen gestattet, denen eine besondere neue Erlaubnis zum Kartoffelhandel erteilt worden ist. Dies gilt auch für Personen, die bereits vor dem 1. August die Erlaubnis zum Kartoffelhandel hatten. Die bisher ausgestellten Ankaufserlaubnisscheine müssen durch neue ersetzt werden, die von der Landesversorgungsstelle in Stuttgart ersetzt werden, die vor der Entscheidung einen Ausschuß aus Kreisen der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucherschaft zu hören hat. Bei der Erteilung der Handelserlaubnis ist besonders auch das volkswirtschaftliche Bedürfnis zu prüfen. Landwirte, die Kartoffeln an Händler oder Aufkäufer abgeben, müssen sich künftig bei Strafvermeidung davon überzeugen, ob der Käufer die erforderliche Handelserlaubnis besitzt.

Heilbronn, 14. Juli. Der Gemeinderat hatte eine zweistündige Aussprache über die Demonstrationsvorgänge, in der der sozialdemokratische Gemeinderat Schwan die Entfernung aller monarchistischen Hoheitszeichen forderte, was Oberbürgermeister Beutinger zusagte. Im übrigen wandte sich der Oberbürgermeister scharf gegen die Demonstranten und bedauerte, daß auch anständige Leute, Frauen und Mädchen sich an dem Radau beteiligt hätten. Wenn sie sich wieder an solchen Vorfällen beteiligten, hätten sie auch das Anrecht auf die nächsten Prügel in der vordersten Reihe. Im übrigen werde künftig fester und früher zugegriffen.

Ebersbach a. F., 17. Juli. (Gebäudeeinsturz.) Mit einem weit hörbaren Krach ist dieser Tage abends ein Teil eines Fabrikneubaus eingestürzt. Personen kamen nicht zu Schaden.

Waldhausen, O.A. Gmünd, 15. Juli. (Ein seltsames Idyll.) Die „Gmünder Zeitung" erzählt: Findet da ein fünfjähriges Bürschlein auf der nahen Wiese ein kaum zwei Tage altes Feldhäschen und bringt es freudestrahlend seinem Vater. Der aber denkt, warum soll ich den jungen Herrn Lampe langsam zu Tode hungern lassen, der nimmt ja doch keine Nahrung an und legte ihn seiner Hauskatze, die am Tage zuvor drei Junge geworfen hat, als Wochenbettschenke ins Nest. Doch, o Wunder! Der kleine Findling lebt heute, nach 5 Tagen, noch immer. Er ist indessen sehend geworden und erfreut sich besten Wohlseins. Man kann davon Augenschein nehmen, wie er von seiner Ziehmutter mit stärkender Katzenmilch genährt wird. Wird er später auch miauen?

Hörvelsingen OA. Ulm, 17. Juli. (Brand.) Die Scheuer des Söldners Jakob Unfeld brannte aus unbekannter Ursache nieder. Stroh- und Futtervorräte, sowie ein Teil der Fahrnis sind mitverbrannt. Der Schaden beträgt über 200 000 Mark.

Baden.

Freiburg, 16. Juli. Auf der Schauinslandstraße ereignete sich gestern nachmittag beim Kilometerstein 7 ein schwerer Kraftwagenunfall. Auf der Fahrt nach Günterstal fuhr ein Kraftwagen der Badischen Kraftverkehrsstelle bergab. Neben dem Chauffeur saßen noch ein Mann und zwei Frauen, die der Wagenführer unterwegs mitgenommen hatte. Der Wagen selbst war mit Kisten und Kappen beladen. Auf ihnen saß ein 72jähriger Herdsetzer von Freiburg, der gleichfalls auf dem Wege von Günterstal auf sein Bitten vom Wagenführer mitgenommen worden war. Aus noch nicht aufgeklärter Ursache, vermutlich infolge Versagens der Steuerung, kam der Wagen ins Rutschen. Der durch die Regengüsse der letzten Tage wohl aufgeweichte Untergrund soll nachgegeben und den Wagen zum Absturz gebracht haben. Beim Abfallen wurde der Wagen von einem großen Baumstamm aufgehalten. Während der Kraftwagenführer und die bei ihm sitzenden drei Personen, bis auf den einen Mann, der eine ganz unbedeutende Verletzung erlitt, mit dem Schrecken davonkamen, wurde der auf den Kisten sitzende 72jährige Mann durch den Sturz herabgeschleudert. Einige ihm nachrollende Kisten zerquetschten ihm die Brust, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Eine von Freiburg entsandte gerichtliche Kommission nahm an Ort und Stelle die erforderlichen Ermittelungen vor. Ihre Entsendung gab Anlaß zu dem Gerücht, daß ein Verkehrsauto überfallen worden sei. Bei dem regen Wanderverkehr und den vielen Beerensuchern besteht zu einem solchen Ueberfall gar keine Befürchtung.

Vermischtes.

Großfeuer in Spandau. In der Nacht zum Sonntag brach in Spandau ein riesiges Feuer aus, das einen Millionenschaden anrichtete. Die Waggonbauanstalt der Firma Orenstein und Koppel ist völlig niedergebrannt. Etwa 20 neue Eisenbahnwagen sind eingeäschert worden. Die übrigen Gebäude des Fabrikgeländes konnten gerettet werden. Ueber die Entstehungsursache des Brandes ist noch nichts bekannt.

Bescheidenheit ist eine Zier. Die Bauern wissen heute auch, was ein Sommeraufenthalt wert ist! Ein Berliner mietete am Scharmützelsee für sich und seine Frau eine kleine Bauernstube mit zwei ganz kleinen, schmalen Strohsackbetten. Die Frau reinigte das Zimmer selbst und fing auch eigenhändig allerlei Wanzen und anderes Getier. Preis des Zimmers: 100 Mark im Tag! 3000 Mark für einen Monat! Dabei ist der Bauer schuldenfreier Besitzer eines Gutes von über 100 Morgen. Auf Vorhalt meinte er: „Ach wo, andere Bauern haben schon 150 Mark den Tag erhalten, ich bin ganz billig!"

Die inhaltsreichen Seifenstücke. In Wien kaufte kürzlich eine arme Kriegerswitwe bei einem Vorstadtkrämer ein Stück Seife. Sie fand darin ein Zwanzig-Kronen-Goldstück und wiederholte mehrmals denselben Einkauf, stets mit demselben Erfolg. Da sie ihre Bezugsquelle den Nachbarn verriet, wurde der Vorfall bekannt und gelangte auch zur Kenntnis der Behörden. Der gesamte Seifenvorrat des Händlers wurde beschlagnahmt und hierbei folgender Tatbestand festgestellt: Die Seifensendung war aus Pest für die offenbar fingierte Adresse Moritz Singer, Kaufmann, Wien, aufgegeben worden. Wegen eines Formfehlers wurde die Sendung auf einer Station ausgeladen, konnte jedoch, da sich auch der Name des Absenders als falsch herausstellte, nicht zurückgeschickt werden und wurde öffentlich versteigert. Der Vorstadtkrämer hatte die Seife, die Goldstücke im Gesamtwerte von 3½ Millionen Kronen enthielt, um einen Spottpreis erworben. Der Absender wird sich nach dieser Entdeckung kaum melden, da er nicht nur sein Gold nicht zurückerhalten, sondern dazu noch eine schwere Strafe zu gewärtigen haben dürfte.

Absturz. Schon wieder ist das Flugzeug, das den Luftdienst zwischen Paris und Straßburg versieht, abgestürzt. Der Unfall ereignete sich Samstag abend in der Gegend von Zabern. Vier Passagiere und der Führer sind tot. Man glaubt, daß das Unglück auf einen Bruch des Propellers zurückzuführen ist. Drei andere Flugzeuge, die gleichzeitig starteten, sind ebenfalls trotz des starken Sturmes wohlbehalten angekommen.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 16. Juli. (Vom Obst- und Gemüsemarkt.) Nach den Mitteilungen der Zentralvermittlungsstelle des Württ. Obstbauvereins E. V. vom Samstag war der Obstgroßmarkt reich beschickt. Die Kirschenzufuhr läßt nach. Erdbeeren sind zu Ende. Frühbirnen treten stärker in Erscheinung; die anfänglich hierfür geforderten Preise von 12 und 13 Mark konnten nicht gehalten werden. Sehr begehrt sind Stachelbeeren. Auch die reichlich zugeführten Heidelbeeren waren stark gefragt (13—16 Mark). Johannisbeeren weniger (10—13 Mark). Die Qualitätsunterschiede werden vom Publikum selten richtig gewertet; etwas mehr Sachkenntnis würde vorteilhaft auf die Preisregulierung einwirken. Bayerische Heidelbeeren wurden erstmals zu 11—13 Mark angeboten. Pfirsiche kommen vielfach nicht völlig ausgereift zu Markt. Der Gemüsemarkt zeigte reiche Abwechslung. Es war so ziemlich alles in genügender Menge zu haben. Die günstige Witterung hat das Wachstum aller Gemüsearten gefördert. Die Marktlage ist ruhig, die Preise blieben stetig. Neue Kartoffeln kosteten 5—6 Mark, Stangenbohnen 14—16 Mark, Erbsen 6—7 Mark, Gelbrüben 3,50—4 Mark.

Stuttgart, 17. Juli. (Landesproduktenbörse.) In der laufenen Woche waren die Devisen großen Schwankungen unterworfen, die auch ihren Einfluß auf den Getreidemarkt ausübten und zu einer Ermäßigung der Preise führten; die Lage ist aber sehr unsicher. Die Preise ändern sich von Stunde zu Stunde. Die Stimmung für Futtermittel blieb anhaltend fest, man glaubt jedoch, daß die Preise für Rauhfutter infolge günstigen Oehmdaussichten den Höhepunkt überschritten haben. Die heute notierten Preise sind nur als nominell zu betrachten. Es notierten je 100 Kilogramm ab württ. Station: württ. Weizen 2300—2350 (am 10. Juli 2400—2450), Dinkel 1975—2025 (2000—2050) Mark, Weizenmehl Nr. 0 3450—3500 (3500—3550) Mark, Brotmehl 3150—3200 (3200—3250) Mark, Kleie 1250—1300 (1300) Mark.

Balingen, 16. Juli. Zugeführt wurden 296 Stück Milchschweine. Der Preis für das Stück betrug 2200—4000 M. Der Handel war lebhaft; alles wurde verkauft.

Münderkingen, 15. Juli. Dem Schweinemarkt waren zugeführt: 16 Mutter-, 7 Läufer- und 257 Milchschweine. Erlöst wurden für Mutterschweine 17 000—20 000, für Läuferschweine 5000—6000, für Milchschweine 3000—4000 M.

Künzelsau, 15. Juli. Zufuhr: 310 Milch- und 3 Läuferschweine. Verkauft wurden 220 Milchschweine zum Preise von 4000—7000 M., 3 Läuferschweine zu 16 500 M. Der Handel war langsam.

Neueste Nachrichten.

Freiburg, 18. Juli. Infolge des starken Temperaturrückganges ist auf dem Feldberg und in den höheren Lagen des Schwarzwalds vorgestern und gestern Schnee gefallen.

Stuttgart, 17. Juli. Der Gesetzentwurf zur Abänderung des Landessteuer-Ausführungsgesetzes sieht eine Beschränkung der Gemeindeumlage auf den Höchstsatz von 25 Prozent vor. Diese Beschränkung soll nur für 1922 gelten. Mit Zustimmung der Ministerien des Innern und der Finanzen soll der Umlagesatz bis auf 30 Prozent erhöht werden können. Für die Wertzuwachssteuer kommen künftig 50 Prozent, bisher 30 Prozent, in Ansatz.

Darmstadt, 18. Juli. In seiner Gefängniszelle hat sich der Steinbrucharbeiter Kindinger erhängt, der wegen Beteiligung an den Unruhen am 27. Juni und namentlich wegen Mißhandlung des Abgeordneten Dingeldey in Haft genommen worden war. Vor seinem Tode hat er ein volles Gefängnis abgelegt.

Düsseldorf, 18. Juli. Am 4. Juli wurde das Bureau der dortigen Verbindungsstelle der Heeres-Friedenskommission von einer Gruppe von 25 bis 30 Mann gestürmt und das dort befindliche Personal aufs ärgste belästigt, weil sie zu den „Orgesch- und Konsulbanden" seien, die Erzberger und Rathenau ermordet hätten.

Essen, 17. Juli. In den heutigen Verhandlungen zwischen den Vertretern des Zechenverbands und der Angestellten-Verbände wurde folgende Vereinbarung getroffen: Für die Zeit vom 16. Juni bis Ende Juni wird auf das Maigehalt eine Zulage von 15 Proz., für den Monat Juli auf das Maigehalt eine Zulage von 40 Proz. gewährt. Die Stellenzulage wird um je 100 Mark erhöht.

Berlin 17. Juli. Die Reichstagsfraktion der USP. beschloß heute mit 39 gegen 17 Stimmen für das Gesetz zum Schutze der Republik zu stimmen. Damit ist eine auch für ein verfassungsänderndes Gesetz erforderliche Zweidrittel-Mehrheit gesichert. Es wird erwartet, daß der Reichstag morgen Dienstag alle noch nicht abgeschlossenen Arbeiten erledigen und dann in die Sommerferien gehen wird.

Berlin, 18. Juli. Wie der „Vorwärts" mitteilt, fand man gestern in der seit ungefähr einem Jahr nicht vom Militär belegten Gardes du Corps-Kaserne in Potsdam Vertrauensmännerder S.P.D. außer Teilen von Gewehren und Maschinengewehren rund 200 scharfe Handgranaten Infanteriemunition, 1000 Tornister, 1000 Seitengewehre, 2000 Kochgeschirre und ungefähr 600 meist mit Hakenkreuzen versehene Stahlhelme. Die Polizei beschlagnahmte das ihr übergebene Material und überwies es der Reichstreuhandgesellschaft.

Berlin, 17. Juli. Am Dienstag treffen die Mitglieder der gemischten Kommission für Oberschlesien mit dem Pr

---

Im Himmelmoos.

Von Hermann Schmid.

22. (Nachdruck verboten.)

„Schau," begann der Alte und setzte sich bequemer in seinem Stuhl zurecht, „schau — bei mir auf meinem Hof gefällt mir die Wirtschaft nicht mehr recht; es fehlt hint' und vorn, wo ich nicht selber sein kann. Die Judika ist auch eine alte Person, die jeden Tag zuwiderer wird; mit meinen Buben ist kein Vertragen .... Laß mich ausreden!" fuhr er fort, als Engerl mit rascher Gebärde Miene machte, ihn zu unterbrechen. „Schänd' mir meinen Kram nit, bis ich ihn ganz ausgelegt hab'! — Ich bin wohl kein heuriger Has' mehr, aber auch kein alter Krachezer. Mancher andere in noch älteren Jahren hat es schon so gemacht, und es ist gut ausgefallen, und wenn ich mir Alles so recht überleg', was ihm gehört, und führ' selber noch eine Bäu'rin auf den Himmelmooser Hof, und die Bäu'rin, Madel, sollst Du sein."

Die Zuhörerin war vor Ueberraschung aufgesprungen — glühende Röte quoll ihr über Hals und Gesicht. Himmelmooser," stammelte sie, „ich hätt' nicht geglaubt, daß Ihr im Stand wäret, in einem so ernsthaften Augenblick Spaß mit mir zu treiben."

„Ich denk' nicht d'ran," erwiderte er, „mir ist's voller Ernst. Und warum nicht? Wenn Du mein Weib wirst, hat alles Gered' mit einem Schlag ein End'. Alles weiß nachher, daß ich keine schlechte Meinung von Dir hab'. Also besinn' Dich nit lang', sag' ja, und wie Du's verlangt hast, geh' ich auf der Stell' mit Dir zum Pfarrer und bestell' die Stubfest."

„Wirklich?" stammelte das Mädchen. „Ihr wär't im Stand' mir einen solchen Antrag zu machen, und Ihr merkt gar nicht, daß Ihr mir damit eine noch viel größere Schand' antut, als Ihr mir schon angetan habt?"

„So — und wo wäre denn da die Schand'?" rief der Alte und fuhr sich über das weiße Haar.

„Wißt Ihr denn nicht, daß ich mich mit Eurem Sohne, dem Wildel, versprochen hab'? Daß er mein Schatz ist und ich der seinige? Glaubt Ihr, daß man das Herz im Leibe umwenden kann, wie wenn man einen Handschuh umkehrt? Aber," fuhr sie abbrechend in milderem Tone fort, „für was ereifer' ich mich denn! Es kann ja doch Euer Ernst nit sein — Ihr wollt mich nur auf die Prob' stellen; Ihr wollt, ich soll ja sagen, damit Ihr dann zu Eurem Sohne hingehen und sagen könntet: 'da siehst Du, wie's mit ihrer Lieb' und Treu' beschaffen ist; sie hat nichts von Dir gewollt, als die reiche Bäu'rin zu werden, und wie sie gesehn hat, daß sie das auch ohne Dich erreichen kann, hat sie sich nicht besonnen und hat zugelangt . .'"

„Ach was, das ist lauter dummes Zeug," antwortete der Bauer mit eigentümlichem Lachen. „Der Buß' muß eben eine andere heiraten und seh'n, wo er einen Unterstand kriegt, und Du mußt Dir halt die Geschicht' aus dem Sinne schlagen, und das wird Dich so schwer nicht ankommen, wenn Du nur erst Himmelmooserin bist. Und dann, wer weiß, ob ich nicht ein besseres und ein älteres Recht auf Dich hab' als der Buß', und wenn er zehnmal Dein Schatz ist."

„Ihr ein Recht? Ihr auf mich ein Recht? Und wie wolltet Ihr dazu kommen?"

„Hör' mir einmal zu und verlier' die Geduld nit, wenn ich auf eine lange Zeit zurückgehen muß! Ich will Dir eine Geschicht' erzählen. — Es wird so um die zwanzig Jahr' herum sein," fuhr er dann nach kurzem Besinnen fort, „ja, ja, es ist schon so; zu Laurenzi hat sich's wieder gejährt — es sind also jetzt volle zwanzig Jahr', daß meine Bäu'rin gestorben ist. Sie ist ein gutes Weib gewesen — der Herr geb' ihr eine fröhliche Urständ dafür! — wir haben miteinander gelebt wie die Kinder, und wenn sie bei mir hätt' bleiben dürfen, wär' vielleicht manches anders, als es jetzt geworden ist. Sie ist sanft gewesen wie die gute Stund', aber wenn's darauf angekommen ist, hat sie das Herz und die Zung' auf dem rechten Fleck gehabt. Die hitzige Krankheit hat aber nit darnach gefragt, wie notwendig sie für das Haus gewesen ist und für mich: sie hat fort gemüßt und hat mich allein zurückgelassen mit dem Buben, der noch keine drei Jahr alt gewesen ist und noch nit gewußt hat, was eine Mutter ist. Sie haben mir bald von allen Seiten zugered't, ich soll' wieder heiraten, aber es hat mich nichts getrieben; die Judika, die eine gute Freundin gewesen ist von meiner Alten, hat die Wirtschaft besorgt und den Buben dazu; ich habe auch schon meinen guten Vierziger auf den Rücken gehabt und hab' gedacht, eine solche, wie meine Erste gewesen, krieg' ich doch nit wieder, und so hab' ich mir nichts einreden lassen und bin Witwer geblieben."

Er war bisher gebückt, die Hände um die Knie faltend, dagesessen und hatte, wie mit sich selber sprechend, vor sich hin erzählt; jetzt sah er auf, ob das Mädchen ihm auch zuhöre. Er gewahrte die Spannung, die aus jedem ihrer Züge sprach und fuhr fort: „Und einmal — da sind gered' wieder ein paar befreundete im Heimgarten da gewesen und haben mir zugered't, und wie sie fort waren, bin ich draußen hinterm Haus gesessen, wo das kleine Weg von den Bergen vorübergeht, und hab' mir über das Gered' so meine Gedanken gemacht. Da kommt auch noch die Judika mit ihrem Strickstrumpf und dem Buben, setzt sich neben mich auf die Bank und fängt ihre alte Predigt von vorn an — daß ich heiraten sollt', daß es nicht gleich im Augenblick sein müßt', daß ich mich aber umsehen und mir einstweilen eine Bäu'rin aussuchen sollt'. In dem, so kommt auf dem kleinen Bergweg ein Taufzug daher; die Hebamm' tragt ein neugeboren Kind zur Tauf' in die Kirch' hinunter und die Gevatterin im schönsten Putz geht mit ihr — da schießt mir's auf einmal durch den Kopf. So will ich Ihr halt den Willen tun, Judika, hab' ich gesagt, hab die zwei Frauen gestellt und das Kindel angeschaut, das in dem Taufzeug eingebunden gewesen ist und mit ein paar frischen blauen Augen um einander geschaut hat.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

desproduktenbörse.) In ei
fen großen Schwankungen
uß auf den Getreidemarkt
g der Preise führten; die
se ändern sich von Stunde
uttermittel blieb anhaltend
eise für Rauhfutter infolge
Höhepunkt überschritten
e sind nur als nominell
logramm ab wirktt. Statis
10. Juli 2400—2450).
Weizenmehl Nr. 0 3450—
150—3200 (3200—3250)

führt wurden 296 Stück
Stück betrug 2200—4
wurde verkauft.
dem Schweinemarkt waren
und 257 Milchschweine.
000—20 000, für Läuferschw
000—4000 M.
hr: 310 Milch- und 3 Läufe
Milchschweine zum Vorpre
eine zu 16 500 M. Der Herd

achrichten.

folge des starken Temperatur
g und in den höheren Lag
und gestern Schnee gefallen
er Gesetzentwurf zur Aus
rungsgesetzes sieht eine
ge auf den Höchstsatz
ränkung soll nur für
Ministerien des Innern
tz bis auf 30 Prozent erhöht
uwachssteuer kommen künf
in Ansatz.
seiner Gefängniszelle hat
erhängt, der wegen Betei
Juni und namentlich wegen
Dingeldey in Haft genommen
hat er ein volles Geständ

4. Juli wurde das Bum
er Heeres-Friedenskommissio
30 Mann gestürmt und
irgste belästigt, weil sie
n" seien, die Erzberger u

en heutigen Verhandlungen
echenverbands und der A
nde Vereinbarung getroffen
s Ende Juni wird auf d
Proz., für den Monat Ju
von 40 Proz. gewährt.
Mark erhöht.
ichstagsfraktion der USP
7 Stimmen für das Ge
immen. Damit ist eine
esetz erforderliche Zweidrittel
erwartet, daß der Reichstag
cht abgeschlossenen Arbeiten
merferien gehen wird.
„Vorwärts" mitteilt, fand
m Jahr nicht vom Milit
rne in Potsdam Vertrauens
on Gewehren und Maschinen
granaten Infanteriemunition
ewehre, 2000 Kochgeschirr
ankenkreuzen versehene Stah
ahmte das ihr übergeben
Reichstreuhandgesellschaft.
enstag treffen die Mitglieder
Oberschlesien mit dem Pr

aber nit darnach gefragt.
aus gewesen ist und ihr
hat mich allein zurückge
ch keine drei Jahr alt ge
hat, was eine Mutter ist.
Seiten zugeredet, ich sollt'
nich nichts getrieben; die
n gewesen ist von meinem
egt und den Buben dazu.
guten Vierziger auf den
ht, eine solche, wie meine
nit wieder, und so bin
nd bin Witwer geblieben."
ände um die Knie faltend,
ch selber sprechend, vor sich
das Mädchen ihm auch ge
ung, die aus jedem ihrer
d einmal — da sind gerade
n Heimgarten da gewesen
wie sie fort waren, bin ich
n, wo das kleine Wegel
und hab' mir über den
acht. Da kommt auch noch
trumpf und dem Buben
Bank und fängt ihre alte
ich heiraten sollt', daß
n müßt', daß ich mich aber
eine Bäu'rin aussuchen
f dem kleinen Bergwege
:u' tragt ein neugeborenes
' hinunter und die Ge
ht mit ihr — da schickt
Kopf. So will ich Ihr
ab' ich gesagt, hab die gut
l angeschaut, das in den
ist und mit ein ganz
nder geschaut hat.
folgt.)

sidenten Calonder in Berlin ein, um sich der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung vorzustellen. Zu Ehren der Kommission findet nach einem Empfang beim Reichskanzler ein Frühstück beim Reichspräsidenten statt. Für Dienstag Abend hat der Reichskanzler die Mitglieder der gemischten Kommission und führende politische Persönlichkeiten zu einem Essen in der Reichskanzlei geladen.

Berlin, 17. Juli. Die demokratische Fraktion des Reichstags hat, laut „Vossischer Zeitung", auf Anregung des Reichswehrministers Dr. Geßler mit Unterstützung der beiden andern Regierungsparteien die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 34 der Verfassung zur Prüfung der Vorwürfe, die gegen die Reichswehr erhoben worden sind, und der Art, wie sie der Reichswehrminister erledigt hat, beantragt.

Berlin, 17. Juli. Der Reichsrat stimmte dem Vorschlag seines 7. Ausschusses, für die durch den Tod des Reichsgerichtspräsidenten Delbrück erledigte Stelle den Reichsminister a. D. Dr. Simons zu wählen, einstimmig zu. — Nach den Beschlüssen des Aeltestenrats wird sich der Reichstag heute Dienstag bis zum 17. Oktober vertagen. — Die deutsche Regierung hat eine Note an die Kabinette in Rom, Paris, London und Brüssel gerichtet, in der sie die Unmöglichkeit von Barzahlungen darlegt. — Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Rieseberg-Quedlinburg ist am Samstag abend am Hackeschen Markt überfallen und geschlagen worden. Der Abgeordnete, der heute nachmittag wieder im Reichstag erschienen war, erlitt dort infolge des Ueberfalls einen Schwächeanfall. — Für zwei Millionen Mark Seide erbeuteten Einbrecher am hellen Tag in einem hiesigen Konfektionsgeschäft. Der Betrieb war am Samstag nachmittag um 3 Uhr geschlossen worden. Eine halbe Stunde später beobachtete die Pförtnersfrau, wie die Diebe, die sie für Angestellte hielt, mit den Musterkoffern, in denen die Seide verpackt war, das Haus verließen. — Die „Magdeburgische Zeitung" wird, nachdem ihr Protest gegen das Verbot von Erfolg begleitet war, am Dienstag wieder erscheinen. — Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein, hat, wie die Blätter melden, die Wochenschrift „Nordwest", Herausgeber Deutschnationale Volkspartei, auf die Dauer von 6 Monaten verboten. — Der Staatsrat von Anhalt hat das Erscheinen der Neudeutschen Rundschau in Dessau auf vier Wochen verboten. — Der Dollarkurs betrug am Montag Mk. 453.93.

Hamburg, 17. Juli. In der letzten nacht brach ein Brand im Wagenhaus des ehemaligen Artilleriedepots aus, der die Hälfte des Wagenhauses zerstörte. Nach Aussage eines Wächters war der Beginn des Brandes mit einem Explosionsknall verbunden.

Königsberg, 17. Juli. Am Sonntag nachmittag erschoß infolge zerrütteter Familienverhältnisse der 27 Jahre alte Bäcker Aust, der zuletzt als Asphaltarbeiter tätig war, seine 19jährige als Bardame beschäftigte Frau und ihr dreijähriges Söhnchen.

Breslau, 17. Juli. Die Pressestelle beim Oberpräsidium Breslau verbreitet über die Ursache, die zur Auflösung des Hochschulringes deutscher Art in Breslau führten, einen Bericht, aus dem hervorgeht, daß im Glatzer Bergland vom Herbst vorigen Jahres bis zum Sommer dieses Jahres wiederholt militärische Uebungen einer Organisation stattgefunden haben, deren Leitung in den Händen der Studenten Heinrich und Dietrich von Zedlitz-Neukirch lag. Als weitere Führer wurden noch mehrere andere Studenten in Haft genommen. Gegen Polizeihauptmann von Steinacker, der an der letzten Uebung im Juni als militärischer Instrukteur teilgenommen hat, ist die sofortige Einleitung des Disziplinarverfahrens veranlaßt worden. Er befindet sich gleichfalls in Haft. Die Gesamtzahl der Teilnehmer an den Uebungen betrug etwa 70. Ihre Namen sind durchweg bekannt.

Paris, 17. Juli. Nach Blättermeldungen ist in Savoyen und in Franche-Coute in der letzten Nacht Schnee gefallen.

Paris, 17. Juli. Beim Präsidenten Millerand sind zahlreiche Telegramme eingelaufen, die ihn zu seiner Errettung aus Lebensgefahr bei dem am letzten Freitag vollführten Anschlag beglückwünschten. Es gingen Telegramme ein vom deutschen Reichspräsidenten vom König von England, vom König von Spanien und vom König von Italien. Außerdem empfing Millerand zahlreiche andere Sympathiekundgebungen vom Auslande und vom Inlande.

Paris, 17. Juli. Die Reparationskommission teilt in einem Communique mit, daß die deutsche Regierung die Summe von 2 107 207,70 Goldmark als Restbetrag für die vierte Rate vom 15. Juli geleistet hat, deren Zahlung von der Reparationskommission am 21. März vorgeschrieben worden war.

Paris, 17. Juli. Der französische Botschafter in Berlin, Charles Laurent, hat die deutsche Regierung von der Entscheidung der französischen Regierung in Kenntnis gesetzt, das Wiesbadener und das Berliner Abkommen über die Sachlieferungen in Kraft zu setzen, und zwar mit Wirkung vom 20. Juli.

London, 17. Juli. Der Finanzkorrespondent des Daily Telegraph in New-York schreibt, man glaube hier, daß Deutschland seine Verpflichtungen aufrichtig zu erfüllen wünsche und daß es ausreichende Beweise für diesen Wunsch gegeben habe. Man erwarte, daß Frankreich einer Abänderung des Reparationsprogramms zustimme, daß England Frankreich gegenüber sich großmütig zeige und daß Amerika alles tun werde, was vernünftiger Weise von ihm erwartet werden könne, um bei den Zinszahlungen Erleichterungen zu gewähren.

London, 17. Juli. Lloyd George erwiderte auf eine Anfrage betreffend die Haager Konferenz, wenn es nicht gelinge, in letzter Stunde über den toten Punkt hinauszukommen, so werde die britische Delegation Ende dieser Woche zurückkehren.

Washington, 17. Juli. Der Senat lehnte mit 38 gegen 32 Stimmen einen Antrag des Finanzkomitees ab, die Beschlagnahme der Farbstoffe auf 1 Jahr nach Inkrafttreten des Zollgesetzes auszudehnen. 14 Republikaner stimmten mit den Demokraten. Der Senat nahm 8 Aenderungen am Baumwolltarif an mit Sätzen, die unter den vom Ausschuß gebilligten Mindestziffern stehen.

Minister Bolz über die politische Lage.

Rottenburg, 17. Juli. Justizminister Bolz hielt am Sonntag in einer überaus zahlreich besuchten Zentrumsversammlung des Bezirks in der Turnhalle eine politische Rede, in der er die Fragen der Innen- und Außenpolitik behandelte. Er rechtfertigte die Politik des Kabinetts Wirth als eine Politik konsequenter, kluger Entspannungstendenz, die die einzig mögliche war, um Reich und Volk durch die vielen Klippen zu führen. Der Friedensvertrag von Versailles sei die Ursache unserer Teuerung und der Not in der einzelnen Familie, auch letzte Ursache der Streiks, der erbitterten Parteikämpfe, der Krawalle und Revolten, ja, das Erbübel der Arbeitslosigkeit in der Welt. Dann streifte der Minister die drohende Gefahr der Reichstagsauflösung, lehnte eine einseitige Verbreiterung der Regierung ausschließlich nach links ab und bezeichnete es als ein erfreuliches Moment wachsenden Verantwortungswillens, daß die USP., die bisher eine reine Arbeiterregierung forderte, sich bereit erklärte, in das Kabinett einzutreten. Die Gefahr des Bolschewismus sei überwunden, seine Stoßkraft geschwächt. Die tiefste Ursache der Teuerung liege in dem gewaltigen Warenmangel ganz Mittteleuropas. Jede Regierung sei machtlos, solange die Mark sinke und der Dollar steige. Bezüglich der Mehrarbeit bedürfe es keines Zwanges des Gesetzes, das würden die Verhältnisse regeln. Bezüglich der Getreideumlage bemerkte der Minister, daß der Preis unter dem politischen Zwang im Gefolge des Rathenau-Mordes entstanden und deshalb provisorisch sei. Der Minister schloß mit einem Appell an die Mit- und Selbstverantwortung jedes Einzelnen. — Abg. Gengler lehnte jede Nebenregierung ab, auch das Streik- und Demonstrationsfieber und forderte den einzig möglichen Weg des Ausgleichs, den Weg der Mitte. Staatsrat Eger-Weildorf behandelte noch Bilanz- und Steuerfragen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Juli. Der Gesetzentwurf über die Beseitigung des Notgeldes wird in allen drei Lesungen angenommen. Darnach soll alles Notgeld binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes eingelöst werden. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs gegen die Notlage der Presse. Der Ausschuß will außer der Abgabe von einem halben Prozent der Holzverkaufspreise die Gesamtausfuhr mit einer Sonderabgabe von 1½ pro Mille zugunsten der Presse einschließlich der gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und wissenschaftlichen Zeitungen und Zeitschriften belasten. Der Reichswirtschaftsminister Schmidt betonte, daß man die Presse nicht der skrupellosen Preisgestaltung der Papierindustrie preisgeben dürfe. Für den demokratischen Staat sei eine unabhängige Presse notwendig. Die bedrängte Lage der Presse fördere auch die Gefahr einer gewissen Korruption, wie sie in einem Teil der ausländischen Presse schon bestehe. Hierauf wurde ein Antrag angenommen, wonach Zeitungen mit kleinerem Papierverbrauch bei den Rückvergütungen verhältnismäßig besser bedacht werden sollen als die großen Zeitungen. Im übrigen wurden die Ausschußbeschlüsse bestätigt. Sodann folgte die zweite Beratung der Zwangsanleihe. Dr. Helfferich (DN.) betonte, die grundsätzlichen Bedenken seiner Freunde gegen das Gesetz beständen fort. Die ungeheure Belastung der deutschen Wirtschaft mit 70 Milliarden sei in der jetzigen Zeit der Geldknappheit unerträglich. Industrie und Landwirtschaft hätten die größten Schwierigkeiten, sich das nötige Betriebskapital zu verschaffen. Hilfe könne nur geschaffen werden, durch die Aufhebung des Devisenzwanges und die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses. Man sollte es zunächst statt mit einer Zwangsanleihe auf dem Weg der Freiwilligkeit versuchen. Abg. Dr. Helfferich wünscht ferner eine gründliche Aussprache über die Revision des Reparationsprogramms im auswärtigen Ausschuß. Seine Partei werde gegen die Zwangsanleihe stimmen, die Novellen zum Einkommen- und Erbschaftssteuergesetz aber annehmen. Dem Abg. Geyer (USP.) ist die Höhe der Zwangsanleihe ungenügend und der Zinsfuß zu hoch. Die sozialistische Arbeitsgemeinschaft beantrage als Ertrag der Zwangsanleihe eine Milliarde Goldmark und mindestens 80 Milliarden Papiermark, ferner eine Herabsetzung der Zinsen bis zu den Sätzen der Regierungsvorlage. Der Kommunist Höllein will den Ertrag auf eine Milliarde Goldmark bzw. 100 Milliarden Papiermark erhöht und ebenfalls den Zinsfuß herabgesetzt wissen. Demgegenüber lehnt der Abg. Cartius (DVP.) eine Erhöhung des Ertrags über 60 Milliarden Papiermark hinaus ab und betont, die Zwangsanleihe dürfe nur zur Finanzierung der Reparationsleistungen dienen. — Die Vorlage wird darauf in der Ausschußfassung angenommen mit der Aenderung, daß die Grenzen des zeichnungspflichtigen Vermögens, bei welchem Abzüge für Kinder zulässig sind, von 5 auf 3 Millionen herabgesetzt werden. Das Zwangsanleihegesetz soll gleichzeitig mit den Novellen zum Erbschafts- und Einkommensteuergesetz in Kraft treten. Diese werden hierauf in 3. Lesung angenommen. — In der nun folgenden 1. Beratung des von den Koalitionsparteien eingebrachten Gesetzentwurfs, wonach für Maßnahmen zum Schutze der Republik ein Kredit von vorläufig 75 Millionen der Regierung zur Verfügung gestellt wird, wird der Entwurf nach kurzer Aussprache, in der nur die Deutschnationalen ihn bekämpfen, dem Haushaltsausschuß überwiesen. — Es folgt die 2. Beratung des Reichskriminalpolizeigesetzes, dessen entscheidendem § 1 der Ausschuß folgende Fassung gegeben hat: Zur Bekämpfung des Verbrechertums, das sein Tätigkeitsfeld nicht auf bestimmte Orte beschränkt, wird ein Reichskriminalpolizeiamt errichtet. Es hat seinen Sitz in Berlin und wird dem Reichsminister des Innern unterstellt. — Der bayerische Gesandte v. Preger lehnte namens seiner Regierung das Gesetz ab, da es einen Eingriff in wichtige Hoheitsrechte der Länder darstelle und weil eine Staatsnotwendigkeit für es nicht vorliege. Auch der Abg. Emminger (BVP.) empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, die er als den Versuch einer Ausnützung der Erregung über den Rathenaumord zu einer Verletzung der Hoheitsrechte der Länder bezeichnet. Die Abgeordneten Lübbering (Soz.), Bell (Z.), von Kardoff (DVP.) und Koch-Weser (Dem.) sind von der Notwendigkeit der Vorlage überzeugt und betonen, daß der Ausschuß den bayerischen Wünschen weitgehend entgegengekommen sei und werden deshalb für die Ausschußbeschlüsse stimmen. Minister Dr. Köster hebt hervor, daß die Notwendigkeit einer zentralen Regelung der Polizei für das Reich schon seit langem auch von dem bayerischen Justizminister Dr. Müller, Meiningen, betont werde. Die Mordorganisation C sitze heute nicht nur in Bayern, sondern in allen Ländern, um die Schwierigkeiten auszunutzen, die der Polizei jetzt durch die verschiedenen Zuständigkeiten entständen. Weiter als im Ausschuß könne die Reichsregierung mit ihrer Rücksicht auf Bayern nicht gehen. Die Mehrheit des bayerischen Volkes werde nicht wollen, daß die Verfolgung von Verbrechern erschwert werde aus Gründen der bayerischen Staatshoheit. Abg. Geck (USP.) weist darauf hin, daß unter dem Sozialistengesetz Bayern nicht dagegen protestiert habe, daß die Berliner Zentrale die Verfolgung der Sozialisten betrieb. Er stimmt dem Gesetz zu, das der Kommunist Koenen ablehnt, da durch dieses die Polizei die revolutionären Arbeiter nur noch mehr verfolgen könne. Nach der Erklärung des Abg. Unterleitner (USP.), daß die Mehrheit des bayerischen Volkes nicht hinter den Erklärungen Pregers stehe, wird die Vorlage in der Ausschußfassung angenommen. — In der morgen vormittag 10 Uhr beginnenden Sitzung werden dritte Lesungen vorgenommen.

Zur Vorgeschichte der Arbeitsgemeinschaft.

Berlin, 17. Juli. Es wird nützlich sein, die Vorgänge der letzten Tage chronologisch festzuhalten. Der Reichspräsident hat, wie bereits gemeldet, am Samstag nachmittag die Parteiführer einzeln empfangen, auch Dr. Stresemann. Ferner kann man annehmen, daß der Reichspräsident die Absicht gehabt hat, alles beim alten zu lassen. Er ist dann aber vor die bestimmten Forderungen der Sozialdemokratie gestellt worden, die Unabhängigen zur Regierungsbildung heranzuziehen. Bei den Unterhaltungen mit den Koalitionsführern hat sich der Reichspräsident überzeugen müssen, daß Zentrum wie Demokraten eine solche einseitige Heranziehung der Unabhängigen strikte ablehnten. Darum hat auch Präsident Ebert die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte als einen annehmbaren Versuch, aus den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Situation herauszukommen, begrüßt. Ohne die Ankündigung dieser bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft der Mitte wäre nämlich, wie sich jetzt mehr und mehr herausstellt, am Samstag die Auflösung kaum noch zu vermeiden gewesen. Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft soll, wenn sie vollzogen wird, durch eine große Kundgebung veröffentlicht werden. Wir möchten jedoch annehmen, daß dieses kaum vor Beginn der Herbsttagung geschehen wird. Man will, soweit wir unterrichtet zu sein glauben, die Ferienmonate dazu benutzen, um in kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Fragen eine gewisse Verständigung unter den drei Parteien zu erzielen. Die Bayerische Volkspartei wird einstweilen noch nicht herangezogen. Man meint, daß in der Heranziehung der Bayerischen Volkspartei wegen ihrer spezifisch bayerischen Einstellung und wegen ihrer vielfach ausgesprochen monarchistischen Elemente im Augenblick eine zu schwere Belastung liegen würde. An eine Verschmelzung dieser mit dem Zentrum und den beiden liberalen Gruppen wird nicht gedacht. Ebensowenig wie, was wir wiederholt unterstreichen möchten, an einen bürgerlichen Block. Bei den Besprechungen, zu denen für gestern abend der Abgeordnete Marx vom Zentrum geladen hatte, hat auch Dr. Stresemann nachdrücklich auseinandergesetzt, daß es sich um keinen bürgerlichen Block gegen die Sozialdemokratie handeln könnte, daß vielmehr eine Zusammenarbeit mit dem linken Block durchaus vonnöten wäre.

Die Frage der sozialistischen und bürgerlichen Arbeitsgemeinschaften.

Berlin, 17. Juli. Heute vormittag sind die einzelnen Fraktionen des Reichstags zu Beratungen über die politische Lage zusammengetreten. Hierüber berichtet der „Lokalanzeiger" u. a.: Sowohl die beiden sozialdemokratischen Fraktionen wie die Fraktionen der bürgerlichen Mittelparteien tagten jede für sich und es scheint, daß im Augenblick mit einer kritischen Zuspitzung der Verhältnisse gerechnet werden muß. Wenigstens wird aus dem Reichstag berichtet, daß die Nachricht von der geplanten Bildung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft in den Reihen der Mehrheitssozialisten starke Erregung hervorgerufen habe und daß hier von den unduldsamen Elementen als Antwort nunmehr der Austritt aus der Regierungskoalition gefordert werde. Am frühen Nachmittag wird aus dem Reichstag berichtet, daß in der Sitzung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen die Frage einer völligen Verschmelzung über den Rahmen einer bloßen Arbeitsgemeinschaft hinaus erörtert worden sei. Die Mehrheitssozialisten sprachen sich grundsätzlich für eine Verschmelzung aus, überließen aber die Entscheidung über den Zeitpunkt und die Art ihrer Durchführung weiterer Beschlußfassung durch die Unabhängigen. Die demokratische Fraktion beschloß nach dem „Berliner Tageblatt" nahezu einstimmig, den Gedanken einer Arbeitsgemeinschaft mit Zentrum und Deutscher Volkspartei aufzunehmen, natürlich nicht als irgend eine Fusion, sondern lediglich als eine interfraktionelle Arbeitsgemeinschaft zur zweckmäßigen Erledigung parlamentarischer Fragen. Nach demselben Blatt beschloß die sozialdemokratische Fraktion gegen 8 Stimmen, eine Erweiterung der Regierung nach rechts abzulehnen.

Einberufung des demokratischen Parteivorstandes.

Berlin, 17. Juli. Der demokratische Parteivorstand ist, wie wir hören, auf Mittwoch nach Berlin einberufen worden, um sich mit der Frage der Arbeitsgemeinschaft der Mitte zu befassen. In der Fraktion haben bis auf vier alle Abgeordnete der Arbeitsgemeinschaft zugestimmt. Auch die Entscheidung des Parteivorstandes kann nicht anders ausfallen.

Vertagung der Regierungserweiterung durch die Unabhängigen bis Oktober.

Berlin, 18. Juli. Die beiden sozialistischen Reichstagsfraktionen haben gestern sich damit einverstanden erklärt, die Regierungserweiterung durch den Eintritt von Unabhängigen in die Reichsregierung bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags im Oktober zu vertagen. Die Gewerkschaften haben den Beschlüssen der Fraktionen zugestimmt. Die Sozialdemokraten, die Unabhängigen und die Gewerkschaften werden am Mittwoch einen gemeinsamen Aufruf an die Arbeiterschaft richten, in dem sie ihren Vertagungsbeschluß begründen werden. Laut „Vossischer Zeitung" ist der Beschluß auf wichtige Erwägungen außenpolitischer und wirtschaftlicher Natur und schwerwiegende Bedenken zurückzuführen, die, wie es heißt, nicht nur vom Reichskanzler, sondern auch von dem Reichspräsidenten gegen eine Auflösung des Reichstages und Neuwahlen im gegenwärtigen Augenblick geltend gemacht worden seien. — Die Frage der Bildung einer gemeinsamen aus Sozialdemokraten und Unabhängigen bestehenden Reichstagsfraktion wird von den beiden sozialistischen Parteien während der Sommerferien des Reichstags entschieden werden. Auch die Frage einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ist noch nicht weiter gediehen. Auch hier liegt die letzte Entscheidung bei den Parteiinstanzen.

Deutschnationaler Antrag auf Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen unabhängige und kommunistische Abgeordnete.

Berlin, 18. Juli. Die Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht einen Briefwechsel zwischen dem Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dergt, und dem Generalstaatsanwalt beim Landgericht 1 in Berlin, der sich auf die Vorgänge in der Reichstagssitzung am Tage der Ermordung Rathenaus bezieht. Der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion beantragte die Einleitung eines Ermittelungsverfahrens gegen die unabhängigen und die kommunistischen Abgeordneten, die Helfferich mit dem Rufe „Der Mörder muß raus!" aus dem Saal drängen wollten, wegen Vergehens gegen § 105 des Strafgesetzbuches (gewaltsame Entfernung von Mitgliedern aus einer gesetzgebenden Versammlung des Reichs) und benennt als Täter die Abgeordneten Höllein, Remmele, Moses, Koenen, Frölich und Zubeil. Da der Generalstaatsanwalt wegen der Immunität der Abgeordneten die Einleitung eines Ermittelungsverfahrens ablehnte, richtete Dr. Dergt an die Staatsanwaltschaft das ausdrückliche Ersuchen, beim Reichstag die Genehmigung zur Strafverfolgung der genannten Abgeordneten einzuholen.

Das Ende der Rathenau-Mörder.

Halle a. Saale, 18. Juli. Die Rathenau-Mörder wurden gestern abend durch Halle'sche Kriminalbeamte auf Burg Saaleck bei Bad Kösen ermittelt. Sie haben sich vor ihrer Festnahme im Burgturm erschossen.

Das Rathenau-Drama hat damit einen vorläufigen Abschluß gefunden. Die Unseligen, welche einen Mord und die tiefgreifende Erregung des gesamten deutschen Volkes mit all ihren bedauerlichen Folgen auf ihr Gewissen luden, haben sich durch Selbstmord der irdischen Gerechtigkeit entzogen. Sie sind stumm. Es bleibt zu wünschen, daß sich aus ihren Papieren Anhaltspunkte ergeben, die zur Feststellung ihrer Hintermänner beitragen.

Neue Bestellungen

auf den **täglich** erscheinenden **„Enztäler"** werden fortwährend von aller Postanstalten und unseren Austrägern entgegengenommen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Maul- und Klauenseuche.

Die **Maul- und Klauenseuche** ist im Oberamt **Nagold** in dem Gehöft des Straßenwarts Jakob Stahl in **Effringen ausgebrochen.**

In den 15 Km.-Umkreis fallen folgende Gemeinden des Oberamtsbezirks Neuenbürg: Igelsloch, Beinberg, Unterlengenhardt.

Neuenbürg, den 18. Juli 1922. **Oberamt:** Wagner.

In der Privatklagesache

des **Eugen Rath**, verh. Holzhändlers in **Wildbad**, Privatkläger und Widerbeklagter,

gegen

den **Ludwig Knaupp**, verh. Kaufmann und Holzhändler in **Wildbad**, Angeklagter und Widerkläger,

wegen Beleidigung

hat das Schöffengericht Neuenbürg am 7. Juli für Recht erkannt:

Der Widerbeklagte Rath wird wegen eines Vergehens der öffentlichen Beleidigung zu der

Geldstrafe von 1000 Mark

im Falle der Uneinbringlichkeit zu der **Gefängnisstrafe von 10 Tagen** verurteilt.

Dem Widerkläger Knaupp wird die Befugnis zuerkannt die Urteilsformel auf Kosten des Widerbeklagten binnen einer Frist von zwei Wochen nach Ablauf der Berufungsfrist im „Enztäler" zu veröffentlichen.

Der Widerbeklagte Rath hat die Kosten beider Verfahren, einschließlich der dem Angeklagten beziehungsweise Widerkläger erwachsenen notwendigen Auslagen zu tragen.

Ausgefertigt:

Neuenbürg, den 15. Juli. 1922.

Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts:
gez.: Obersekretär Falch.

Dies veröffentlicht hiermit:
Dr. Kratt, Rechtsanwalt.

Holz-Beifuhr.

Die sofortige Beifuhr von

180 Rm. Brennholz

aus den Waldabteilungen Bügel, Rißtanne, Zweitannen, Mausturm und Erdfall — Forstamtsbezirk Neuenbürg — Hut Dobel — in den hiesigen Schulhof ist **zu vergeben** und wollen Offerte bis spätestens **Freitag, den 21 d. M.** hier eingereicht werden.

Birkenfeld, den 17. Juli 1922.

Ratschreiberamt:
Braun.

Kraftwagenführer

zum möglichst baldigen Eintritt, spätestens auf **1. August**

gesucht.

Es kommen nur gelernte Mechaniker oder Schlosser in Frage. Schriftliche Bewerbungen mit Zeugnissen und Gehaltsansprüchen wollen bis **21. Juli** eingereicht werden.

Den 18. Juli 1922.

Konsum- und Sparverein Neuenbürg a. E. und Umgebung.

Der Konsumverein Calmbach a. E.

hält am **Montag, den 31. Juli 1922, abends 8 Uhr,** in der **„Krone"** eine außerordentliche

General-Versammlung

ab.

Tagesordnung:

Verschmelzung des Vereins mit dem Verein in Neuenbürg zu einem Bezirksverein.

Zu dieser wichtigen Tagung laden wir sämtliche Mitglieder ein, auch Höfener Mitglieder möchten vollzählig erscheinen.

Die Verwaltung.

Niemand lasse sich irre führen beim **Einkauf** von

Stoffresten

für Herrenanzüge, Ueberzieher, Damenmäntel und Kostüme, sowie Konfirmandenstoffe.

Jeder überzeuge sich früher über die Preise und Qualität nur bei mir. Für Schneider stets günstige Gelegenheit.

P. Süßmann, Pforzheim, Oestl. 2
Eingang neben Hutgeschäft Meyle.

Verlobungs-Anzeigen

in Karten und Briefform

liefert rasch und preiswert

C. MEEH'sche Buchdruckerei,
Inh. D. Strom

Forstbezirk Herrenalb.

Eichen- u. Nadelstamm-holz-Verkauf

im mündlichen Aufstreich am Dienstag, den 25. Juli 1922, vormittags 10 Uhr, in Herrenalb auf dem Rathaus aus Staatswald Hardtköpfle, Hardtberg, Eckkopf, Rehteich, Herrenköpfle, Pfalzenbank, Erlengrund, Mädle, U. Brentenwald, Flachsteich, Mannabachheide, Eichelgarten, Unt. Mannabächle, Ober-Sommerhalde, Schöttlesäcker, Marxenläger, Talwies, Hint. Hilsgraben und vom Scheidholz der Huten Berrbach und Herrenalb: 4100 Stück Langholz mit Fm.: 311 I., 696 II., 656 III., 501 IV., 704 V., 30 VI. Klasse. Hierunter 1234 Stück Weymouthskiefern mit 5 III., 143 IV., 442 V. Kl. 618 Stück Sägholz mit Fm.: 61 I., 175 II., 114 III. Kl. Hierunter 290 Stück Weymouthskiefern 3 I., 47 II., 70 III. Kl. 32 Stück Eichen mit Fm.: 2 III., 4 IV., 7 V., 4 VI. Kl., ferner aus Unt. Räuhe, Erlengrund, Unt. Habichtsnest, Mittl. und Unt. Brentenwald: 2243 Stämme als Telegraphenstangen und Lichtmasten aufbereitet mit zus. 566 Fm. Losverzeichnisse von der Forstdirektion, G. f. H., Stuttgart.

Mädchen, Fräulein oder Frau

in jeder Hausarbeit erfahren, zu 3 Personen auf sofort für dauernd oder 2 Monate Aushilfe gesucht. Hoher Lohn.

Baurat Widinger,
Forbach, bad. Schwarzwald.

Zimmermädchen,

solid, gut empfohlen, auf 1. August oder früher gesucht.

Frau Dr. Dieterich,
Stuttgart, Tübingerstraße 3.

Tüchtiges

Dienstmädchen

das auch kochen kann, für kl. Haushalt bei gutem Lohn p. sofort od. 1. August gesucht.

M. Hirschen, Stuttgart,
Tübingerstraße 6.

Auf 15. August oder 1. September fleißiges, ehrliches

Zimmermädchen

gesucht, das gut servieren, bügeln und nähen kann und gute Zeugnisse besitzt bei gutem Lohn, Behandlung und Verpflegung.

Auch einem Mädchen, das noch nirgends war und das willig, ehrlich und sauber ist, wäre Gelegenheit geboten, den Zimmerdienst zu erlernen. Eintritt bis 15. August oder 1. September.

Angebote mit Lichtbild und Zeugnisabschriften an

Frau **Ludwig Faber,**
Bietigheim (Württemberg),
Bahnhofstr. 75.

Ata

bestes Putz- u. Scheuermittel

Unentbehrlich in Haus, Werkstatt, Fabrik.

Alleinige Hersteller:
HENKEL & CIE.,
DÜSSELDORF.

Neuenbürg.

Zugelaufen

ist mir ein **Wolfshund.** Derselbe ist geg. Einrückungsgebühr und Futtergeld innerhalb 3 Tagen abzuholen.

Schmiedmstr. **Krauß.**

Kaufe

und zahle z. Zt. hohe Preise für **Sommerrehe-, Ziegen-, Kitz-** und gute **Kaninfelle.**

Dietrich.

Neuenbürg.

Kleiderschrank, nußbaum

pol., gut erhalten zu verkaufen. Adr. i. d. Enztälergeschäftsstelle.

Conweiler.

2 tüchtige

Schreiner-Gehilfen

können eintreten, evtl. wird auch **Heimarbeit** ausgegeben.

W. Holzhäuser,
Maßschreinerei.

Dobel.

Eine gute

Nutz- und Fahrkuh

samt Kalb

setzt dem Verkauf aus

Witwe **König** im Eck.

Feldrennach.

Einen 13 Monate alten

Stier

verkauft

Schmied **Bürkle.**

Schömberg.

Ein

Läufer-Schwein

ist zu verkaufen

Poststraße 163.

Stempel-Kissen und Stempel-Farbe

stets vorrätig in der

C. Meeh'schen Buchhdlg.
Inh.: D. Strom.

Wenig getragene Anzüge (Friedensstoffe), wie auch neue Anzüge,

nur gute Ware,

Hosen für Sonntag und Werktag

kaufen Sie noch zu ganz billigen Preisen im

Verkaufslager Pforzheim, Tal 2, I. Stock.

— Kein Laden. —

Danksagung.

Für die liebevolle Anteilnahme bei dem schweren Verluste meiner lieben Frau, unserer unvergesslichen Mutter sagt innigen Dank

Familie Johs. Hiller.

Neuenbürg, den 15. Juli 1922.

NDL

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Regelmäßiger Passagier- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern

Von BREMEN nach NORD-

AMERIKA

u. SÜD-

AMERIKA

Vorzügliche Passagier-Einrichtungen
für alle Klassen. Anerkannt vorzügliche Verpflegung, geräumige Promenadendecks, behagliche Gesellschaftsräume. Beste hygienische und sanitäre Einrichtungen.

Auskünfte, Drucksachen und Platzbelegung durch:
In Neuenbürg: Theodor Weiß, Hauptstraße.
In Stuttgart: Passage-Bureau Reminger G. m. b. H., Generalvertretung des Norddeutschen Lloyd, Königstraße 16.

Die

Vorzüge der Zeitungs-Reklame!

Warum ist die Tageszeitung allen anderen Werbemitteln überlegen?

1. Die Tageszeitung wird von allen Bevölkerungsschichten gelesen; sie geht in den Familien von Hand zu Hand, liegt überall auf und wird täglich und stündlich von Hunderten und Tausenden an zahlreichen Verkehrs- und Gaststätten zur Hand genommen. Verbreitung und Gelesenheit der Tageszeitung vereinigen sich so zu außerordentlicher Werbewirkung.

2. Der Leser widmet selbst in dieser hastenden, flüchtigen Zeit der Lektüre seines Blattes ruhigste Aufmerksamkeit; seine Interessen sind mit den darin enthaltenen Nachrichten aufs engste verknüpft, und der Anzeigenteil namentlich vermittelt ihm in Angebot und Nachfrage die wichtigsten Anregungen.

3. Die Anzeigenbesteller haben die Gewißheit, daß sie mit ihren Anpreisungen die breitesten Schichten erreichen, die erste Voraussetzung für wirkliche Werbe-Erfolge.

4. Die Tageszeitung dringt schnell und pünktlich und in kurzen Abständen bis in das entlegenste Dorf und wird auch dort zur Trägerin lebendiger Werbekraft.

5. Jede Zersplitterung der Werbetätigkeit vermindert ihren Wert. Die Zeitungsreklame vermeidet solche. Erfolgsicher inseriert man im „Enztäler".

Vieh-Verkauf.

Wir bringen

von Donnerstag morgen 8 Uhr ab im Gasthaus zum „Ochsen" in Höfen einen Transport

Vieh

zum Verkauf, darunter

trächtige Kühe, trächtige Kalbinnen und Milchkühe

und laden Liebhaber freundl. ein

Rudolf und Berthold Löwengardt.

Amtliche Kurse

mitgeteilt von der Bankfirma **Baer & Glend,** Karlsruhe i. B.

5	Proz. Kriegsanleihe . .	77 1/2	Allgem. El. Akt.	720
4	„ Bad. Eisenb. Anl.	—	Paketfahrt „	449
3 1/2	„ do. conv.	—	Nordd. Lloyd Akt.	330
4	„ Bayern	—	Phönix Akt.	1260
4	„ Württemberger .	—	Bad. Anilin u. Soda Akt.	8[illegible]
			Deutsche Kali-Akt. . . .	1875

Devise Schweiz 1 Francs = Mk. 88.—
„ Holland 1 Gulden = Mk. 175.25